

Erklärung zur Lage der Nation

Puzzleteilchen

Die Regierung will Unternehmensgründungen und Investitionen fördern

VON LAURENT SCHMIT

Förderstrukturen, Steuervorteile und neue Gesetze: Die letzte Woche angekündigten Elemente zur Wirtschaftsförderung gleichen einem Puzzlebild mit bewegter Entstehungsgeschichte. Ein Überblick.

„Es geht nach vorne und wir sind dabei, das Land neu aufzustellen.“ Mit diesem Hauruck-Satz leitete Premierminister Xavier Bettel die Vorstellung von mehreren Fördermaßnahmen für Unternehmen ein. Sie sollen es ermöglichen, dass die Luxemburger Wirtschaft sich breiter aufstellt, dass mehr Unternehmen gegründet werden und mehr investiert wird. Doch vieles davon ist bereits seit längerem in Arbeit.

■ Maison de l'entrepreneuriat

Ein Beispiel der nicht ganz neuen Ideen ist das „House of Entrepreneurship“, wie es letzten Oktober noch hieß. Es soll ein großes „guichet unique“ werden, wo Unternehmer von Beratung über Genehmigungen bis zu Beihilfen jede Form der Unterstützung finden. Im früheren Gebäude von Arendt direkt gegenüber der Handelskammer wird das Haus seine Heimat finden. Nächsten Herbst nennt der Generaldirektor der Handelskammer, Carlo Thelen, als Startpunkt. Zu Beginn wird das jetzige „Espace Entreprises“ der Handelskammer dorthin umziehen. Ergänzt wird diese Beratung durch neue Angebote zu der „1-Euro-Gesellschaft“ (Société à responsabilité simplifiée), der Vorbeugung von Insolvenzen sowie der Unternehmen der Solidarwirtschaft, erklärt Thelen. Behörden, die etwa für Wasserschutz, Umweltschutz, Arbeitssicherheit oder Landesplanung zuständig sind, sollen später auch in der „Maison de l'entrepreneuriat“ präsent sein. Zu Beginn soll es „Lotsen“ geben, die Gründer durch den Paragrafendschungel führen.

■ Reform des Gesellschaftsrechts

Eine ewige Baustelle ist die Reform des Gesellschaftsrechtes,



„Es geht nach vorne“: Finanzminister Pierre Gramegna und Premierminister Xavier Bettel sind sich sicher, dass ihre Wirtschaftspolitik stimmt, auch wenn es noch an privaten Investitionen mangelte. (FOTO: ANOUK ANTONY)

also der Regeln, nach welchen etwa die „Société à responsabilité limitée“ (SARL) und die „Société anonyme“ (SA) funktionieren. Die erste Vorlage des Gesetzes hat mittlerweile fast neun Jahre. Nun steht die seit langem erwartete Reform kurz vor dem Abschluss. Hat der Staatsrat keine weiteren, größeren Einwände, dann soll das Gesetzesprojekt im Juni in einer Plenarsitzung diskutiert werden, erklärt der LSAP-Abgeordnete und Berichterstatter des Gesetzes, Franz Fayot. Anders als von vielen Akteure gewünscht, bleibt es bei einer technischen Reform. Manchen Wirtschaftsanwälten schwebt es dagegen vor, das Gesellschaftsrecht als Wirtschaftsnische auszubauen.

■ Steuervorteile für Investitionen

Innovationen fördern und Luxemburg zu einem möglichst attraktivem Standort für Start-up-Unternehmen machen sind zwei Ziele, die Xavier Bettel in seiner Rede

betonte. Noch nicht spruchreif ist die Idee, Investitionen in Start-ups steuerlich zu begünstigen. Daran arbeitete noch eine Arbeitsgruppe, hieß es vom Finanzminister. Das Problem liegt darin, die Förderung konform zum EU-Recht zu gestalten. Um Investitionen innerhalb von Unternehmen zu fördern, plant die Regierung die Einführung einer steuerbefreiten Reserve. Die Maßnahme richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen, die sich verpflichten, innerhalb von wenigen Jahren einen Teil ihrer Gewinne zu investieren. Die Handwerkskammer forderte einen solchen Steuervorteil seit einigen Jahren. Die Förderung von Investitionen hat aber auch Grenzen. Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnik bleiben von Steuervergünstigungen ausgeschlossen. Die Regierung sei hier vorsichtig, denn die ICT einzuschließen, habe potenziell einen „extrem breiten Impact“ auf die Steuereinnahmen, erklärte Pierre Gramegna.

Le fonds souverain doté

Luxembourg. Dans son discours, le Premier ministre a fait le point sur la dotation du fonds souverain intergénérationnel. Cet instrument créé par la coalition gouvernementale rassemblera sous peu 134 millions d'euros. 100 millions tiennent aux deux dotations annuelles de 50 millions d'euros. La première a été versée en octobre dernier et la deuxième en avril. Il faudra y ajouter 34 millions d'euros apportés par la SNCI (Société nationale de crédit et d'investissement) au titre des droits de souscription liés à l'augmentation de capital d'Arcelor-Mittal à laquelle la banque publique participera pour le compte de l'Etat. Comme l'a soulevé le député CSV Serge Wilmes dans une question parlementaire, ces liquidités sont placées à la BCEE (Banque et Caisse d'épargne de l'Etat), ce dans l'attente de décisions d'investissement du comité ad hoc, comme l'explique le ministre des Finances, Pierre Gramegna, dans sa réponse à ladite question. (pso)